



Keupers

kritischer

Kommentar

02-02-2019

Februar 2019

Ist Energieversorgung nach Kohleausstieg noch gesichert?

Das Klima ist entscheidend für die Entfaltung der Natur und des Lebens auf der Erde und hat zu allen Zeiten das gesellschaftliche und ökologische Verhalten der Menschen beeinflusst. Das Klimasystem der Erde ist ein hochkomplexes Gebilde, in dem bereits kleine Veränderungen Auswirkungen auf das Gesamtsystem haben können. In der heutigen Zeit befindet sich das Klima im Wandel auf Grund natürlicher, aber besonders auch auf von Menschen verursachten Einflüssen auf das Gesamtklimatische System unseres Planeten. Der Grund hierfür sind unter anderen erzeugte Treibhausgase, insbesondere Kohlenstoffdioxid (CO₂).

CO₂ wird vor allem durch das Verbrennen fossiler Energieträger in der Industrie und im Verkehr freigesetzt. Aber auch in der Landwirtschaft werden CO₂ Emissionen erzeugt, die für Umwelt und Klima problematisch sind und diese verändern. Die Folgen des bisher erzeugten Klimawandels können jedoch nicht mehr rückgängig gemacht werden, es ist aber noch möglich, den Klimawandel zu verlangsamen und damit seine Auswirkungen für Menschen und Umwelt in Schranken zu halten. Um die international vereinbarten Klimaschutzziele zu erreichen, muss die Bundesregierung in den nächsten Jahren eine Reihe von Gesetzen und Maßnahmen in die Wege leiten und durchsetzen, die aber das soziale Gleichgewicht nicht nachhaltig verändern dürfen, nicht das Gesellschaftliche beeinträchtigen.

Eines dieser o. a. Maßnahmen, welche in einem gewissen Zeitrahmen umgesetzt werden sollten, ist der Ausstieg aus der fossilen Energiegewinnung, wie sie auch seit Jahren von den Umweltinstituten, den Strategen eines Klimawandels gefordert wurden. Um die Möglichkeiten des Ausstiegs aus der fossilen Energiegewinnung ohne Einschränkung oder Minderung im Wirtschaftlichen, aber auch im Gesellschaftlichen zu erörtern und entsprechende Lösungsansätze zu finden, wurde von der Bundesregierung ein Expertengremium eingesetzt, die Regierungskommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“, oder auch kurz genannt die: „Kohlekommission“. In einer stundenlangen Klausurtagung hat diese, nach zähen Ringen eine Kompromisslösung für einen Ausstieg aus der Kohleverstromung gefunden, und diese dem Bundeswirtschaftsministerium als Lösungsvorschlag empfohlen.

Dieser Kompromissvorschlag der Kommission sieht vor, bis zum Jahre 2038, ggf. aber

schon bis 2035, auf eine Stromproduktion mit fossilen Brennstoffen zu verzichten und schon bis 2030 die Energiegewinnung aus Kohle gegenüber heute von etwas unter 40 Prozent der Gesamtbruttostromerzeugung auf die Hälfte zu reduzieren. Schon bis 2022 sollen nach dem ausgehandelten Kompromiss in der Kommission Kohlekraftwerke mit einer Leistung von 7 Terawatt parallel mit den letzten deutschen Atomkraftwerken, (Leistungsvolumen zurzeit 72 TW), bis Ende 2022 abgeschaltet werden. Zusätzlich zu der 5,5 Terawattleistung veralteter Kohlekraftwerke, die ohnehin schon wie geplant in dieser Zeit vom Netz genommen werden sollten. Das bedeutet, dass bis 2022 rund 84,5 Terawattleistung, das sind rund 16 Prozent der letztjährigen Bruttostromerzeugung in Deutschland, durch erneuerbare Energieerzeugung kompensiert werden müsste.

Schaffen die erneuerbaren Energien die Zukunftsanforderungen?

Ob der sogenannte Kohlekompromiss auch die Versorgungssicherheit mit Strom in der Zukunft garantieren kann, wie im Abschlusspapier beteuert wird, bleibt nur zu hoffen. Die Energiewirtschaft hat bereits davor gewarnt, dass es schon Anfang des nächsten Jahrzehnts, also ab 2022 nicht mehr genügend gesicherte Kraftwerkskapazitäten in Deutschland geben wird, um die Spitzennachfrage jederzeit aus eigener Kraft decken zu können. Da man nicht davon ausgehen kann, dass die erneuerbaren Energieträger die entstehende Lücke in der Energiegewinnung kompensieren, insbesondere deren Stromgewinnung aufgrund der Witterungsabhängigkeit nicht kontinuierlich zu Spitzenverbrauchszeiten möglich ist. Erschwert werden die benötigten Energieanforderungen durch ein aus Gründen des Klimaschutzes erwünschte Abkehr vom CO₂-lastigen Verbrennungsantrieb hin zum zukünftigen Elektroantrieb in der Mobilität, einer angestrebten Umstellung der fossilen Wärmeenergiegewinnung in der Gebäudebeheizung, sowie wesentlich höherer Strombedarf durch die fortschreitende Digitalisierung in Wirtschaft und im Dienstleistungssektor, aber auch durch einen zukünftigen Mehrbedarf im Privaten.

Der Bedarf an elektrischer Energie in Deutschland lag in den letzten Jahren bei 592 TW (2014), 602 TW (2015) und geschätzten 620 TW (2018), das heißt, der benötigte Energiebedarf hat schon heute eine leicht ansteigende Tendenz. Wenn man davon ausgeht, dass es bis 2030 etwa 30 Millionen Kraftfahrzeuge mit Elektroantrieb gibt, sind in etwa bis dahin, bei einer angenommenen durchschnittlichen Fahrleistung von 15.000 km/Jahr und einem Energieverbrauch von etwa 183 W/km, 82,35 Milliarden kW oder 82,35 Terawatt zusätzlicher Strom erforderlich. Und wenn bis 2040 der Brennstoffantrieb im Kraftverkehr total verschwunden sein soll, wird es ungefähr dann die doppelte Menge sein, wobei „Stromtanken“ ausländischer Fahrzeuge nicht eingerechnet ist. Das ist aber mehr als was Wind und Fotovoltaik im letzten Jahr zusammen geschafft haben (156 TW). Wenn man den zukünftigen Energiebedarf für Gebäudebeheizung und den erhöhten Energiebedarf in Folge der Digitalisierung abschätzend hinzurechnet, könnte der erforderliche Bruttostrombedarf von heute etwa 620 Terawatt/Jahr, leicht im Jahr 2038 auf über 850 bis 900 Terawatt/Jahr ansteigen. Kann das die gesamte erneuerbare Energiegewinnung, die heute gerade mal 218 Terawatt schafft, überhaupt realistisch betrachtet erbringen?

Gibt es eine Versorgungssicherheit durch Wind- und Sonnenenergie?

Die Diskontinuität der Stromgewinnung in der erneuerbaren Energiewirtschaft ist ein weite-

res Manko, denn der Wind oder der Sonnenschein produziert oft Strom im großen Umfang, wenn er gar nicht gebraucht wird, oder in Spitzenzeiten des Energiebedarfs können diese Erzeuger gar nicht liefern, weil keine Windbewegung vorhanden ist, keine Sonne scheint. Wind und Sonne sind also unsichere Quellen für die Energiegewinnung. Dieses Problem belastet unser Energiesystem schon seit Beginn der erneuerbaren Energiegewinnung. Um den Ausfall dieser Erzeuger abzufedern, werden Gaskraftwerke zur Stromgewinnung vorgehalten und ggf. gebraucht. Ein unwirtschaftliches Unterfangen, welches die Betreiber nicht befriedigen kann. Wenn nun die sichere Stromgewinnung aus Kohle entfällt, werden zusätzliche Gaskraftwerke installiert werden müssen, die unrentabel wirtschaften, um die erforderliche Sicherheit der Stromversorgung zu gewährleisten. Ein entsprechender Kostenfaktor. Ist das in der Kohlekommission beachtet worden?

**Hat sich die Kommission überhaupt mit
der erforderlichen Energieversorgung befasst?**

Auf die Kostenansätze dieser Kommission für Konsequenzen des Kohleausstiegs bei der Energiegewinnung soll hier nicht näher eingegangen, nicht diskutiert werden, ob ggf. nicht mehr „Kohle“ für den Kohleausstieg erforderlich ist. Allein, dass offensichtlich nicht über eine ausreichende Stromversorgung, nach der Abschaltung der Kohlekraftwerke im Jahre 2038, respektive 2035, oder in der Übergangsphase ab 2022 gesprochen wurde, wie es dieser Schriftsatz belegt, dass scheinbar die weiteren Veränderungen aufgrund weiterer Forderungen zum Klimaschutz nicht berücksichtigt wurden, lassen Zweifel aufkommen an der Redlichkeit der Beschlüsse dieser Kommission. Hat die Regierungskommission „Wachstum, Strukturwandel, Beschäftigung“ eventuell gemäß ihrer Betitelung nur die Folgen des Ausstiegs aus der Kohleverstromung auf Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung untersucht und eine notwendige Energieversorgung außen vorgelassen? Das wäre töricht und unverantwortlich! Die Sozialdemokraten sollten daher in den Gremien, die sich mit dem Thema der Veränderung der Energiegewinnung in den nächsten beiden Jahrzehnten befassen, Fragen über die Sicherheit der zukünftigen Energieversorgung stellen. In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 11. Februar 2019

Heinrich Keuper